

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 25 (2005)
Heft: 49

Artikel: Laissez-travailler : Geschlechter-Regime durch Arbeit
Autor: Michalitsch, Gabriele
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652483>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 28.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Laissez-travailler

Geschlechter-Regime durch Arbeit

Eingebunden in eine Vielzahl neoliberaler Politiken stellen Workfare-Strategien einen wesentlichen Mechanismus aktueller Transformation von Arbeit und sozialer Sicherheit dar. Workfare bezieht sich auf das Zusammenwirken arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Restrukturierung, deren Kernelemente Deregulierung, Arbeitskostensenkung, Sozialabbau und Aktivierung darstellen. Mit Hilfe von Workfare-Strategien werden neue Herrschaftstechniken und Selbsttechnologien implementiert, die sich auf Formierung des Subjekts richten, um ordnungsgemäße „Selbststeuerung“ sicherzustellen. Indem sie direkt die ökonomischen Grundlagen menschlicher Existenz angreifen, forcieren sie umso effektiver neue Denk- und Verhaltensweisen und kreieren eine neue Form von Subjektivität (Lemke 1997, 240ff; Michalitsch 2006; Gerlach 2001; Hondrich 2001; Bröckling/Krasmann/Lemke 2000; Sennett 1998).

Einem neuen Sozialmodell entsprechend, das „das eigenverantwortliche Engagement der Bevölkerung zu erzwingen sucht“ (Kocyba 2004, 20), verknüpft Workfare Wirtschaftssteuerung mit individuellem Selbst-Management, um eine neue Aufgabenteilung von Staat und Gesellschaft zu etablieren: Bislang öffentliche Verantwortung wird nun zur privaten. Workfare zielt entsprechend nicht nur auf den Marktbereich, sondern auch auf die private Sphäre. Hier wie dort verbindet sich mit Workfare, einem umfassenden Laissez-travailler gleich, die implizite Forderung nach Arbeit, um den Staat zu „entlasten“ – sei es von „Sozialfällen“ durch Niedriglohnarbeit, sei es von „Pflegefällen“ durch deren private Versorgung.

Workfare lässt sich entsprechend auch als Strategie zur Restrukturierung von Geschlechterverhältnissen deuten, denn Deregulierung des Arbeitsmarkts und Sozialabbau verstärken infolge differierender Lebenskontexte und Zuschreibungen Geschlechterdisparitäten, während Aktivierung im Hinblick auf Erwerbsarbeit einmal mehr freie Verfügbarkeit von Versorgungsarbeit unbelasteter Arbeitskraft voraussetzt, letztlich jedoch keineswegs nur auf den Erwerbsbereich, sondern auch auf unbezahlte Arbeit im Privaten zielt. Darüber hinaus gehen Selbstverantwortungspostulate, die Geschlechterhierarchien als individuelle Problemlagen redefinieren, vielfach mit Ansätzen zur Retraditionalisierung von Geschlechterverhältnissen einher. Diese Kombination von Workfare und Retraditionalisierung konstituiert ein spezifisch neoliberales Geschlechter-Regime, das im folgenden am Beispiel Österreichs skizziert wird.

Deutlich geringere Einkommen, mangelnde Aufstiegschancen, schlechtere Arbeitsbedingungen, höheres Arbeitslosigkeitsrisiko: Frauen sind auch auf dem österreichischen Arbeitsmarkt seit Jahrzehnten mit vielfältigen Benachteiligungen gegenüber Männern konfrontiert. Deregulierung führte in den letzten Jahren darüber hinaus zur Erosion von Normalarbeitsverhältnissen und vorrangig weiblicher „atypischer“ Erwerbsarbeit mit nur begrenzter Integration in das Sozialsystem: Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung, befristete Arbeitsverhältnisse, freie Dienstverträge, Neue Selbständigkeit nehmen rasant zu – und verstärken geschlechtsspezifische Segregation. In Österreich sind 85 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten und über 70 Prozent der geringfügig Beschäftigten¹ Frauen (BMSG 2004, 42). Einkommen entwickeln sich auseinander. Das Bruttojahreseinkommen von Frauen betrug 2003 mit 15.792 Euro knapp 60 Prozent des Männereinkommens (26.507 Euro) (Statistik Austria 2004, 216). Arbeitszeitbereinigt lag das Frauenmedianeinkommen 2002 bei 82 Prozent des Männereinkommens (BMSG 2004, 270f). Konnte bis Mitte der neunziger Jahre eine leichte Nivellierung geschlechtsspezifischer Einkommensunterschiede verzeichnet werden, so nehmen diese seither – vor allem im unteren Einkommensbereich – wieder zu (vgl. BMSG 2004, 270f).²

Der Arbeitsmarkt zerfällt zunehmend in einen männlich dominierten Kernarbeitsmarkt und einen weiblichen marginalisierten Arbeitsmarkt. Darüber hinaus wird Frauenerwerbsarbeit verstärkt in den informellen Sektor gedrängt.³ Schätzungen gehen davon aus, dass in Österreich unter Einbeziehung nicht-existenzsichernder Teilzeitarbeit etwa die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen in diesem sich ausweitenden Bereich informeller Erwerbsarbeit tätig ist, zu dessen zentralen Beschäftigungsfeldern Hausarbeit, Betreuung und Pflege zählen. Nur 5.000 Personen waren 2000 offiziell als in Privathaushalten Beschäftigte registriert, 92 Prozent davon Frauen, geschätzt wird die Zahl an Haushaltshilfen jedoch auf rund 160.000 Personen, in der Mehrzahl Migrantinnen mit überwiegend 5 bis 10 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit (Kreimer 2000, 11). Teilzeitarbeitsplätze und „atypische“ Beschäftigungsformen ersetzen zunehmend weibliche Vollzeitwerbsarbeit. Steigende Frauenerwerbsquoten sind im letzten Jahrzehnt vorrangig auf die Umverteilung von Arbeit zwischen Frauen zurückzuführen. Statt Redistribution von bezahlter und unbezahlter Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung im Vollzeitbereich wird damit bezahlte Arbeit zwischen Frauen neu verteilt (Schunter-Kleemann 2001, 31).

Auch Spaltungen zwischen Frauen verschärfen sich damit. Professionalisierter Berufstätigkeit steht „Refeudalisierung“ von Hausarbeit gegenüber, das Verhältnis von „Herrin und Magd“ (Young 1999/2000) wird neu belebt. Vor allem Migrantinnen schaffen für gutausgebildete Frauen in beruflichen Karrieren entsprechende Unterstützungsstrukturen in Haushalt,

Reinigung, Kinderbetreuung, Alten- und Krankenpflege, denn während sich Ausbildungsniveaus und Qualifikationen von Frauen und Männern angleichen, bleibt die traditionelle geschlechtsspezifische Zuweisung unbezahlter Versorgungsarbeit im Privatbereich unangetastet. Niedrige Einkommen und fehlende Aufstiegschancen lassen es nicht zuletzt auch ökonomisch folgerichtig erscheinen, dass überwiegend Frauen etwa zugunsten von Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen ihre Berufslaufbahn unterbrechen, da Haushalte auf das im allgemeinen deutlich höhere Männereinkommen schlicht nicht verzichten können. Geschlechtliche Arbeitsteilung im Privaten und Geschlechterdisparitäten am Arbeitsmarkt stützen sich folglich gegenseitig und halten Frauen in diskriminierenden Strukturen gefangen.

Sozialabbau und Benachteiligung von Frauen

Eigenständige Sicherung über Erwerbsarbeit wird vor allem für Frauen demnach zunehmend erschwert, die damit verbundene ökonomische Ungleichheit der Geschlechter aber im Zuge von Sozialabbau immer weniger abgeschwächt. „Atypisierung“ von Beschäftigung geht mit fehlender oder nur partieller Integration in soziale Sicherungssysteme einher. Einkommensunterschiede und Berufsunterbrechungen am Arbeitsmarkt führten schon bisher aufgrund weitgehender Erwerbsarbeitszentriertheit des Sozialsystems zu entsprechenden Geschlechterdifferenzen im Bereich sozialer Sicherung. Auf kontinuierlicher Freistellung von Versorgungsarbeit basierend, honoriert das Sozialsystem vor allem Dauer der Erwerbstätigkeit und Höhe des Erwerbseinkommens; Frauen stehen aufgrund der ihnen zugewiesenen Versorgungsarbeit im Gegensatz zu Männern dem Arbeitsmarkt jedoch nicht kontinuierlich und ausschliesslich zur Verfügung, Benachteiligungen von Frauen am Arbeitsmarkt werden damit strukturell im Sozialsystem verfestigt (Rosenberger 1995). Die Reduktion von Transferleistungen trifft Frauen deutlich stärker als Männer: Geringe Einkommen gehen mit kaum existenzsichernden Transfers einher, wie sich an Pensionsleistungen, aber auch Arbeitslosenunterstützung oder Notstandshilfe manifestiert (Stelzer-Orthofer 2001). So werden mit auf Anhebung des Pensionsantrittsalters, Abschlägen für Frühpensionen und Ausdehnung von Beitragszeiten basierenden Reformen Geschlechterungleichheiten verschärft.

Der Ausbau eines Drei-Säulen-Modells im Bereich der Altersversorgung, das neben staatlicher betriebliche und private Vorsorge umfasst, lässt weitere Polarisierung ökonomischer Geschlechterdisparitäten im Alter erwarten. Infolge geringer Einkommen bleiben Möglichkeiten zu individueller Altersvorsorge für Frauen sehr begrenzt, zumal sie bei Privatversicherungen bis dato mit höheren Prämien als Männer rechnen mussten. Darüber hinaus beschränkt sich betriebliche Pensionsvorsorge vorrangig

auf Vollzeitbeschäftigte im Kernarbeitsmarkt, in dem Frauen jedoch unterrepräsentiert sind. Individualisierung von Altersvorsorge verstärkt vor allem im Kontext zunehmender Marginalisierung weiblicher Erwerbsarbeit Geschlechterdifferenzen und bedroht künftige Pensionistinnen mit Armut und zunehmender sozialer Ausgrenzung. Es kommt zu Feminisierung von Armut und sozialer Polarisierung, wie sie seit Jahren in Grossbritannien, Kanada und den USA zu beobachten sind (Madörin 1997, 7). Auch in Österreich galten 2003 12 Prozent der Männer, aber 14 Prozent der Frauen als armutsgefährdet (BMSG 2004, 213). Etwa 7 Prozent der österreichischen Bevölkerung leben in Armut, rund die Hälfte davon als „working poor“ (Tálos 2001, 74).

Nicht nur die Reduktion von Sozialtransfers, auch die Einschränkung öffentlichen Leistungsangebots belastet Frauen jedoch deutlich stärker als Männer. Werden öffentliche Leistungen – etwa im Kinderbetreuungs-, Pflege- und Gesundheitsbereich – ersatzlos oder zugunsten von Transferzahlungen reduziert, müssen sie verstärkt über den Markt zugekauft oder im Privaten erbracht werden, vor allem die von Frauen getragene Versorgungsökonomie wird damit belastet. Vermehrte unbezahlte Privatarbeit von Frauen aber bedeutet verstärkten Ausschluss von Erwerbsarbeit sowie zunehmende geschlechtsspezifische Spaltungen am Arbeitsmarkt und in sozialen Sicherungssystemen (Michalitsch 2004).

Aktivierung und Retraditionalisierung

Reduktion öffentlicher Leistungen geht mit dem Bemühen um Aktivierung einher, die sich letztlich als paradoxes Workfare-Projekt erweist: „Sie muss ihren Adressaten zunächst die Passivität unterstellen, die sie dann zu überwinden verspricht. Zugleich appelliert sie dabei an ein immer schon vorausgesetztes Potential der Selbsttätigkeit und Eigenverantwortung.“ (Kocyba 2004, 20) Vorausgesetzt wird im Hinblick auf Erwerbstätigkeit auch, dass Nicht-Erwerbsarbeit Freizeit bedeutet, unbezahlte Arbeit, geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, Geschlechterhierarchien werden negiert. Der simplen Zweiteilung des Lebens in Arbeit und Freizeit stehen jedoch vielfältige reproduktive oder ehrenamtliche Arbeiten, Nachbarschaftshilfe und unzählige Formen gesellschaftlich notwendiger Tätigkeiten entgegen, die das Beziehungsgeflecht des Sozialen formen und die Basis von Gesellschaft bilden. Auch hierauf richten sich Aktivierungsstrategien, die mit zunehmender Orientierung an und Verengung auf traditionelle Geschlechtermuster einhergehen.

So trat mit Einführung des Kinderbetreuungsgeldes 2001 eine Transferzahlung an die Stelle fehlenden öffentlichen Leistungsangebots. Kinderbetreuungsgeld wurde nicht als Ersatz für entgangenes Erwerbseinkommen, sondern als Betreuungsentgelt für beide Elternteile bis zum 36. Lebens-

monat des Kindes konzipiert. Sofern nur ein Elternteil das Kind betreut, liegt die Bezugsdauer bei maximal dreissig Monaten. Dies gilt auch für AlleinerzieherInnen. Derzeit beträgt das Kinderbetreuungsgeld nicht-existenzsichernde 436 Euro monatlich, automatische Valorisierung ist nicht vorgesehen. Die Zuverdienstgrenze liegt bei 14.600 Euro jährlich.

Da das Kinderbetreuungsgeld das allgemein deutlich höhere – für Durchschnittshaushalte oft schlicht unverzichtbare – Männereinkommen zu einem wesentlich geringeren Prozentsatz als das Fraueneinkommen ersetzt, bietet es kaum Anreize für Väterkarenz und stützt damit die traditionellen geschlechtsspezifischen Zuschreibungen entsprechende Arbeitsteilung. Die Ausweitung des Bezugszeitraums – zumal ohne entsprechenden Kündigungsschutz – geht mit verstärkter unbezahlter weiblicher Versorgungsarbeit und vermehrten frauenexkludierenden Effekten am Arbeitsmarkt einher. Deutlich weniger Frauen kehren nach kinderbedingter Berufsunterbrechung ins Erwerbsleben zurück: Bis 33 Monate nach der Geburt stieg die Rate der Nicht-Wiedereinsteigerinnen in der Gruppe jener Frauen, die vor der Karenz ein Monatseinkommen unter 850 Euro bezogen hatten, um 6 Prozent, in der Gruppe mit einem vormaligen Einkommen über 2000 Euro sogar um 35 Prozent (Michalitsch 2005).

Sofern das Kinderbetreuungsgeld für den Zukauf von Betreuungsleistungen eingesetzt wird, resultiert es primär in Ausweitung von sozial ungesicherter, vorrangig weiblicher Niedriglohnarbeit im informellen Sektor, in dem aufgrund fehlenden öffentlichen Angebots 80 Prozent aller Betreuungsleistungen erbracht werden. Ohne Veränderung bestehender Rahmenbedingungen führt das Kinderbetreuungsgeld demnach nicht zu Wahlfreiheit, sondern zu Verfestigung geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung, Retraditionalisierung von Geschlechterrollen, verstärkter Marginalisierung von Frauen am Arbeitsmarkt und entsprechender Zunahme sozioökonomischer Disparitäten und persönlicher Abhängigkeit von Frauen.

Nicht zuletzt bevölkerungspolitisch motivierte, vorrangig an Frauen gerichtete Forderungen nach höherem Stellenwert von Familie, Kindern und Sorge um andere statt „Egoismus“ und „Selbstverwirklichung“ werden lauter. So zeigt das österreichische Fernsehen zur Zeit vom Sozialministerium finanzierte Werbespots, die die Segnungen des Kinderbetreuungsgeldes mit Bildern glücklicher Mütter umringt von einer strahlenden Kinderschar rühmen: Österreich im Jahr 2015, Kinder als Zeichen einer wundervollen Zukunft.

Politische, mediale wie wissenschaftliche Versuche, traditionelle Familienbilder wiederzubeleben, Glück von Mutterschaft und Familienleben als für Frauen attraktive Alternative zu Beruf und Karriere zu propagieren, die Einheit von Mutter und Kind zu beschwören, mütterliche als einzig kindgerechte Erziehungsform darzustellen und vor fatalen Folgen durch „Vernachlässigung“ in Betreuungseinrichtungen zu warnen, nehmen zu (Lang 2001, 96ff). Familie soll offensichtlich die Aushöhlung von Solida-

rität und gesellschaftlichem Zusammenhalt kompensieren, emotionale Bedürfnisse nach Nähe, Sicherheit und Zugehörigkeit decken und als vermeintlich geschützter Binnenraum wieder verstärkt Gegengewichte zu einer als feindlich, konkurrenzerfüllt und konfliktgeladen wahrgenommenen Aussenwelt bilden (Rosenberger 2001).

Aktivierung zielt auf Ausrichtung von Sozial- und Arbeitsmarktpolitik auf individuelle Lösungen, damit werden gesellschaftliche Konflikte vielfach als private Problemlagen jenseits politischer Zuständigkeit redefiniert, entsprechende politische Regulierungserfordernisse zurückgewiesen. Mit der Ablehnung öffentlicher Verantwortung wird der Bereich des politisch – und damit demokratisch – Verhandel- und Kontrollierbaren eingeschränkt, die Grenze zwischen Öffentlichem und Privatem verschoben, bislang Politisches privatisiert. Postulate von Chancengleichheit und Eigenverantwortung verdecken gesellschaftliche Produktion von Geschlechterdifferenzen, die verstärkt als individuelle Problemlagen interpretiert werden (Lang 2001; Sauer 2001; Demirovic 2001).

Gesellschaftliche Benachteiligung wird als Folge falscher individueller Entscheidungen, Gleichberechtigung als persönliche Aufgabe jeder einzelnen Frau dargestellt. Statt soziale, ökonomische und familiäre Machtgefälle zwischen Männern und Frauen abzubauen und Autonomie zu fördern, werden Geschlechterverhältnisse retraditionalisiert und persönliche Abhängigkeiten von Frauen verstärkt, während Gleichstellungspolitik, als unzulässiger Eingriff ins Private gedeutet, zunehmend diskreditiert wird.

Neoliberale Transformationsprozesse folgen demnach einer geschlechtlich gespaltenen Regierung. Postulate von Selbstverantwortung, Leistungsbereitschaft und Wahlfreiheit machen zwar vor dem Privaten nicht halt, doch der Entwurf des Subjekts als unternehmerisches und konkurrenztaugliches bleibt mit Markt und Männlichkeit verknüpft. Entgegen vielfältig medial vermittelten Karrierefrau-Konstruktionen erfolgt Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt in überwiegend bloss marginalisierter Form, die Erbringung von als Liebesdienste definierten privaten Leistungen sicherstellt. Workfare entspricht folglich einem geschlechtlich kodierten Laissez-travailler, das sich auf bezahlte wie unbezahlte Arbeit richtet.

Anmerkungen

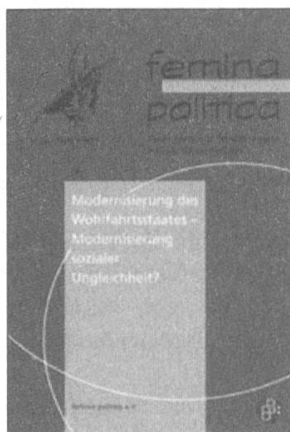
- 1 Die Geringfügigkeitsgrenze lag 2003 bei 309,38 Euro.
- 2 Deregulierung erschwert Artikulation und Durchsetzung von Lohngleichheitsforderungen, während die zunehmende Heterogenität von Arbeitsverhältnissen mehr Information und neue Techniken erfordert, um indirekte Diskriminierungen zu identifizieren (Madörin 1997, 7).
- 3 Bei informeller Erwerbsarbeit handelt es sich um legale, bezahlte Arbeit, die jedoch nicht in das Sozialsystem integriert und überwiegend nicht existenzsichernd ist. Der informelle Arbeitsmarkt umfasst den nicht-sozialversicherten Teil geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse, Bedienstete auf Werkvertragsbasis und HeimarbeiterInnen

ebenso wie mithelfende Familienangehörige. Schwarzarbeit ist definitionsgemäss nicht Teil des informellen Arbeitsmarktes. Aus fehlender Integration in das Sozialsystem folgt die fehlende statistische Erfassung des informellen Sektors.

Literatur

- BMSG, Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, 2004 (Hg.): Bericht zur sozialen Lage 2003 – 2004. Wien
- Brodie, Janine, 1994: Shifting the Boundaries: Gender and the Politics of Restructuring. In: Isabella Bakker (Hg.): The Strategic Silence. Gender and Economic Policy. London
- Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas, 2000: Gouvernamentalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung. In: Ulrich Bröckling / Susanne Krasmann / Thomas Lemke (Hg.): Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt/M.
- Demirovic, Alex, 2001: Hegemonie und das Paradox von Privat und Öffentlich. In: Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen, Heft 4, Wien
- Gerlach, Thomas, 2001: Denkgifte. Psychologischer Gehalt neoliberaler Wirtschaftstheorie und gesellschaftspolitischer Diskurse. Diss., Universität Bremen
- Hammer, Elisabeth / Österle, August, 2001: Neoliberale Gouvernamentalität im österreichischen Wohlfahrtsstaat. Von der Reform der Pflegevorsorge 1993 zum Kinderbetreuungsgeld 2002. In: Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen, Heft 4, Wien
- Hondrich, Karl Otto, 2001: Der Neue Mensch. Frankfurt/M.
- Kocyba, Hermann, 2004: Aktivierung. In: Ulrich Bröckling / Susanne Krasmann / Thomas Lemke (Hg.): Glossar der Gegenwart. Frankfurt/M.
- Kreimer, Margareta, 2000: Some Impacts of Flexibilization on the Female Labour Market of Austria, Manuskript, IAFPE-Konferenz in Istanbul
- Kreisky, Eva, 2001: Die maskuline Ethik des Neoliberalismus – Die neoliberale Dynamik des Maskulinismus. In: Feministische Perspektiven in der Politikwissenschaft. femina politica. Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Heft 2, Berlin
- Lang, Sabine, 2001: Reprivatisierungen im neoliberalen Geschlechterregime. In: Feministische Perspektiven in der Politikwissenschaft. femina politica. Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Heft 2, Berlin
- Lemke, Thomas, 1997: Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernamentalität. Berlin
- Madörin, Mascha, 1997: Auswirkungen von Deregulierungsmaßnahmen auf Frauen. Eine Bibliographie mit Kommentaren und Zusammenfassungen. Bern
- Michalitsch, Gabriele, 2004: Private Liebe statt öffentliche Leistung. Geschlechterimplikationen von Privatisierung. In: Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen, Heft 3, Wien
- Michalitsch, Gabriele, 2005: Familien-Frauen-Männerpolitik. Zurückstellung von Gleichstellung. In: Nikolaus Dimmel / Josef Schmee (Hg.): Politische Kultur in Österreich 2000 – 2005. Wien
- Michalitsch, Gabriele, 2006: Die neoliberale Domestizierung des Subjekts. Von den Leidenschaften zum Kalkül. Frankfurt/M.
- Rosenberger, Sieglinde, 1995: Auswirkungen sozialpolitischer Maßnahmen auf die Gestaltung der Geschlechterverhältnisse. In: Bundesministerin für Frauenangelegenheiten / Bundeskanzleramt (Hg.): Bericht über die Situation der Frauen in Österreich. Frauenbericht 1995. Wien
- Rosenberger, Sieglinde, 2001: Die Geschlechterpolitik der Wende. In: Kurswechsel. Zeitschrift für wirtschafts-, gesellschafts- und umweltpolitische Alternativen. Heft 1, Wien

- Sauer, Birgit, 2001: Öffentlichkeit und Privatheit revisited. Grenzbeziehungen im Neoliberalismus und die Konsequenzen für Geschlechterpolitik. In: Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen, Heft 4, Wien
- Schunter-Kleemann, Susanne, 2001: Zwischen Welfare und Workfare – Sozialpolitische Strategien gegen die Feminisierung der Armut. In: Christine Stelzer-Orthofer (Hg.): Zwischen Welfare und Workfare. Soziale Leistungen in der Diskussion. Linz
- Sennett, Richard, 1998: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin
- Stelzer-Orthofer, Christine, 2001: Auf dem Weg zu einem „schlanken“ Sozialstaat? Zur Privatisierung sozialer Risiken im österreichischen sozialen Sicherungssystem. In: Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen, Heft 4, Wien
- Tálos, Emmerich, 2001: Armut und atypische Beschäftigung als sozialpolitische Herausforderung. In: Christine Stelzer-Orthofer (Hg.): Zwischen Welfare und Workfare. Soziale Leistungen in der Diskussion. Linz
- Young, Brigitte, 1999/2000: Die Herrin und die Magd. Globalisierung und die Re-Konstruktion von „class, gender and race“. In: Widerspruch, Heft 38, Zürich



femina politica

Zeitschrift für feministische Politik-
Wissenschaft

Heft 2 2005 jetzt lieferbar:

Modernisierung des Wohlfahrtsstaates – Modernisierung sozialer Ungleichheit?

15,00 € (D) zzgl. Porto. Jahresabo (2 Hefte,
ca. 300 S. pro Jahr): 31,00 € (D). Ermäßigt
21,00 € (D). Förderabo: 39,00 € (D).

In Ihrer Buchhandlung oder direkt bei



Verlag **Barbara Budrich**
Barbara Budrich Publishers

Stauffenbergstr. 7. D-51379 Leverkusen Opladen

Tel +49 (0)2171.344.594 • Fax +49 (0)2171.344.693 • info@budrich-verlag.de

www.budrich-verlag.de • www.barbara-budrich.net